

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947**

41 (31.10.1947)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Verrechnungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2,30 (inkl. RM — 20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2,60 zuzüglich Zustellgebühr)

Anzeigenpreis: Die 35 mm Dr. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1,50; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergisches Abendblatt je RM 1,—; Gesamtanmeldung RM 2,—. Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 41

Freitag, den 31. Oktober 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

## Welt-Rundschau

Washington (Dena-Zeitung). Die amerikanische Gewerkschaftsvereinsung CIO gibt bekannt, daß ihr Treffen mit Vertretern des französischen Gewerkschaftsbundes CGT, das in New York am 21. und 22. Okt. stattfand, nicht seinen Ende November in Paris abgehalten wird. Die Änderung wurde damit begründet, daß die amerikanische Regierung französische Gewerkschaftsvertreter mit der Begründung, sie seien Kommunisten, Einreisebewilligungen nur auf sehr beschränkter Basis und lediglich für drei Tage erteilen wolle.

Washington (Dena-DNS). Senator Scott W. Lucas und der republikanische Abgeordnete Harold Knutson sagten voraus, daß der amerikanische Kongreß auf seiner Sonder Sitzung noch vor Weihnachten eine Übergangsmilitär für Europa billigen werde.

New York (Dena-DANS). Der internationale Kinderkongreß der Vereinten Nationen gab den Eingang einer Spende von Lebertran aus Neufundland im Wert von 100 000 Dollar bekannt. Diese Gabe soll für europäische Kinder verwendet werden.

New York (Dena-Zeitung). Der Vorsitzende des von Präsident Truman ernannten Ausschusses zur Beseitigung von Lebensmitteln, Charles Luckman, erklärte, das freiwillige Lebensmittelersparnisprogramm mache gute Fortschritte und das gesteckte Ziel, 100 Millionen Bushel Getreide für das hungernde Europa zu sparen, könnte noch vor dem 1. Januar erreicht werden.

New York (Dena-Zeitung). Dr. Kurt Schumacher erklärte vor seiner Abreise nach Deutschland, es sei zum Besuche Hollands und Schwedens eingeladen worden und werde nach einer kurzen Ruhepause in Hannover diese Einladungen Folge leisten.

London (Dena-Zeitung). Das britische Unterhaus lehnte nach zweitägiger Debatte den Zusatz der Opposition zu der Antwortansprache auf die Rede des britischen Königs mit 248 gegen 201 Stimmen ab.

Paris (Dena). Die ägyptische Regierung hat, wie AFP laut BBC berichtet, am Mittwochabend beschlossen, zur endgültigen Bekämpfung der Choleraepidemie den Ausnahmezustand über Ägypten zu verhängen.

Paris (Dena-Zeitung). Motorisierte Einheiten der Partisanen wurden am Dienstag zum Beispiel in mehreren um die Avenue Wagner von mehreren tausend kommunistischen Demonstranten zu stürzen, die eine Versammlung zu sprechen versuchten, welche zum „Wohl der von der Sowjetunion unterdrückten Völker“ organisiert worden war.

Paris (Dena). Die französische Nationalversammlung sprach der Regierung Sanadur, seit 300 gegen 295 Stimmen, ihr Vertrauen aus.

Bopenhagen (Dena). Bei den dänischen Folketing-Wahlen blieben bei starkem Stimmenschwund die Sozialdemokraten die stärkste Partei. Die bisherige Regierungspartei Venstre behauptete sich als zweitstärkste Partei und konnte ebenfalls starkes Stimmengewinn verbuchen. Die extremen Parteien und die Konservative Partei erlitten große Verluste.

Wien (AP). Der 17-jährige Sohn Maria Bormanns wurde in der Nähe von Salzburg verhaftet. Er sei seit Mai 1945 als Landarbeiter tätig gewesen.

Sydney (AP). Am Donnerstagmorgen taste ein für die Lieferung von Zeitungen eingesetztes Flugzeug bei Maxwellbrook, etwa 100 Kilometer nördlich Sydney, gegen eine Anhöhe, wobei der erste und zweite Pilot den Tod fanden. Das Flugzeug gehörte dem „Sydney Morning Herald“ und sollte im Tiefdruckgebiet bei Maxwellbrook abwerfen.

## Kriegsverdienstkreuz für KZ.-Mörder

Gefangene als lebende Zielscheiben

Berlin, 30. Okt. (Dena). Für seine Beteiligung an der Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen habe er das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern erhalten, und er sei, um sich „von diesen Arbeiten erholen zu können“, zusammen mit 12 anderen SS-Angehörigen zur Erholung nach Italien geschickt worden, sagte der ehemalige Blockführer Martin Knittler während seiner Vernehmung in der Verhandlung des „Sachsenhausen-Prozesses“. Knittler bestand dem Gericht, daß ihm in den „Isolationblock“ unterstellten Gefangenen — hauptsächlich Bibelforscher und Angehörige von Strafkompagnen — schwer mißhandelt wurden. Nach seiner Aussage wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen nach ihrer Ankunft in Sachsenhausen in Baracken eingesperrt und blieben dort bis zu vier Tagen ohne Verpflegung. Dann wurden sie erschossen. Von September bis November 1944 seien etwa 12 000 sowjetische Kriegsgefangene, unter ihnen 16—17 Jahre alte Schüler einer sowjetischen Kriegsschule, erschossen worden. 800 Gefangene seien an Hunger gestorben und an der Erschießung von 2500 Kriegsgefangenen habe er persönlich teilgenommen, 11 Mann seien von ihm selbst erschossen worden. Auch die Beteiligung an der Erhöhung von Kriegsgefangenen gab der Angeklagte im weiteren Verlauf seiner Vernehmung zu.

Viele Gefangene in Sachsenhausen seien, so gab der Angeklagte ehemalige Blockführer Fritz Ficker zu, als lebende Zielscheiben verwendet worden. Die in seinem Block untergebrachten politischen Häftlinge habe er, so führte der Angeklagte weiter aus, zu besonders schweren Arbeiten herangezogen. Die Arbeitsfähigen habe er zu „Stehkommandos“ zusammengestellt und

## Der Wirtschaftsrat zur Demontage

Besorgnis über Demontage reiner Friedensbetriebe — Vorschläge zu sinnvoller Durchführung

Frankfurt, 30. Okt. (Dena). Der Wirtschaftsrat nahm in seiner Sonder Sitzung eine Erklärung zur Demontage gegen drei Stimmen der KPD und LDP an. Die Erklärung hat folgenden, vom Hauptausschuß des Wirtschaftsrates vorgeschlagenen Wortlaut:  
Der Wirtschaftsrat hat in seiner Sonder Sitzung am 29. Oktober 1947 zu dem Problem der Demontage und den sich aus ihr ergebenden Aufgaben folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Die amerik. und die brit. Militärregierung haben die endgültige Demontageliste veröffentlicht, nachdem sie bereits vorher dem Wirtschaftsrat ausdrücklich erklärt hatten, daß alle Beschlüsse über die Demontage der Militärregierung vorbehalten sind und keine offiziellen Beratungen, die sich mit der Festsetzung der Industrie-Kapazität befassen, mit irgendeiner deutschen Stelle stattfinden werden.

Wir bekennen uns zu unserer Pflicht, die von Nationalsozialismus verursachten wirtschaftlichen Schäden wieder gut zu machen. Wir wollen mit den Völkern der Welt in Frieden leben. Diesem Willen entspricht die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Dagegen gibt der Wirtschaftsrat seiner Besorgnis über die Demontage von reinen Friedensbetrieben Ausdruck, insbesondere im Hinblick auf die Funktion, die der deutschen Wirtschaft bei der Durchführung des Marshall-Planes zuzufallen wird. Er hofft, daß die in den Ländern eingeleiteten Verhandlungen unter ausdrücklicher Einschaltung des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft zu wirtschaftlich sinnvollen Ergebnissen führen werden. Diese sollten vor allem darin bestehen:

1. Daß die dem Wiederaufbau und der Wiederingangsetzung der Wirtschaft dienenden Maßnahmen, insbesondere die Pflanze zur Leistungssteigerung auf dem Gebiet der Grundindustrie und des Exportes nicht durch die Einleitung der Demontage beeinträchtigt werden. — 2. Daß der Abbau der Demontage-Betriebe in einer zeitlichen Folge vorgenommen wird, die die Ausführung vordringlicher Aufträge gestattet und die Wiederherstellung solcher Anlagen ermöglicht, die zur Erhaltung der künftigen industriellen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung der Bevölkerung unerlässlich sind. — 3. Daß bei der Durchführung der Demontage vorgesorgt wird, daß die durch die Stilllegung von Demontage-Betrieben beschaffungslos werdenden Arbeitnehmer neuer produktiver Verwendung zugeführt werden, aber auch andererseits den dem Wiederaufbau dienenden Betrieben nicht Arbeitskräfte für die Durchführung der Demontagen entzogen werden. — 4. Daß die eintretenden sozialen und wirtschaftlichen Schädigungen der betroffenen Arbeitnehmer und Gemeinden in geeigneter Weise ausgeglichen werden können.

II. Da dem Wirtschaftsrat „die Leitung des zulässigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ übertragen worden ist, steht er jetzt vor der Aufgabe, die praktischen Folgerungen aus den durch den Demontageschluß geschaffenen neuen wirt-

schaftlichen Tatsachen zu ziehen. Der Wirtschaftsrat beauftragt daher den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, die gesetzlichen Grundlagen vorzubereiten, die:

1. zur Minderung der Folgen der Demontage den Ausgleich durch verfügbare Produktionsmittel, 2. die Verbindung von Demontage-Gewinn, 3. die Sicherung der rationalen Ausnutzung von Betriebsanlagen und Energiequellen zum Ziele haben.

Diese Wirtschaftsgesetze müssen durch sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen zugunsten der von der Demontage am härtesten betroffenen Arbeitnehmer und Gemeinden ergänzt werden. Insbesondere sind die Rechte der Belegschaft und ihre sozialen Einrichtungen zu sichern.

### Gewisse Zugeständnisse

Düsseldorf, 30. Okt. (Dena). Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Eric Nölting, gab vor dem Landtag bekannt, daß die britische Militärregierung gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Demontage gemacht habe. In diesen Zugeständnissen wird folgendes festgestellt: 1. Die Demontage soll nicht die Durchführung laufender Exportaufträge stören. 2. Sie soll erst dann erfolgen, wenn die Ueberleitung der von ihr betroffenen Arbeiter und Angestellten an ihre neuen Arbeitsplätze gewährleistet erscheint. 3. Bauanlagen sollen mit Ausnahme gewisser unterirdischer Anlagen nicht gesprengt werden. 4. Infolge einer Anrechnung der Demontagen auf die Reparationschulden der Bizone werden keine Entnahmen aus der laufenden Produktion erfolgen. 5. Die Demontageliste wird als endgültig bezeichnet, jedoch mit zwei Einschränkungen: a) daß die verbotenen Industrien nicht in der Liste enthalten sind; b) die Fernwirkung insbesondere von Kohlenförderung und von Schlackebetrieben der Eisen- und Stahlgewinnung und damit der Energieversor-

gung gegenwärtig nicht beurteilt werden kann.

Stuttgart, 30. Okt. (Dena). Das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden ist auf Grund eines Beschlusses der Landesregierung beauftragt worden, den Maschinenausgleich im Rahmen der angeordneten Demontage von Industriebetrieben durchzuführen. Danach ist das Ministerium zur „Bedarfsstelle für die Inanspruchnahme von Maschinen“ erklärt worden. Firmen, die von der Demontage betroffen werden, können in Zukunft ihren dadurch entstehenden Bedarf bei dem Ministerium anmelden, das dann nach Möglichkeit einen Ausgleich mit den nichtbetroffenen Betrieben durchführt.

Frankfurt, 30. Okt. (Dena). Das Bewirtschaftungsgesetz für die Bizone wurde vom Wirtschaftsrat in erster und zweiter Lesung und damit endgültig mit dem Stimmen der CDU und FDP angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die SPD, KPD und das Zentrum. Das Gesetz bedarf vor dem Inkrafttreten noch der Genehmigung der beiden Militärregierungen.

### Jeder Vierte ein Ortsfremder

Stuttgart, 30. Okt. (Eig. Bericht). Nach einer Erhebung der statistisch-soziologischen Arbeitsgruppe für Flüchtlingsfragen befanden sich am 1. April 47 82 380 ortsfremde Personen in Württemberg-Baden und zwar 121 600 Evakuierte, 527 700 Flüchtlinge und 190 500 zivile Ausländer. 24,3 % der bei der Volkszählung 1946 ermittelten Wohnbevölkerung unseres Landes (3 282 500 Einwohner) waren demnach Ortsfremde in dem Sinne, daß sie zu einer der oben genannten Personengruppen gehörten. Das Größenverhältnis „Jeder Vierte ein Ortsfremder“ veranschaulicht deutlich die Wichtigkeit und die Fülle der Aufgabe, die unserem Volk und Staat aus dem Zustrom dieser Bevölkerungsmassen erwachsen. — f.

### Gewappnet gegen den Winter

Stuttgart, 30. Okt. (Eig. Ber.) Die amerikanische Militärregierung gab bekannt, daß die Bevölkerung der Großstädte Württemberg-Badens in diesem Jahre mit einer Kohlenzustellung in Höhe von 10% Zentner pro Familie rechnen könne, die bis zum 31. Januar 1948 in den Besitz jedes Haushalts gelangen soll. Die Brennstoffsituation ist im Vergleich zum Vorjahr wesentlich besser, was in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß man sich rechtzeitig durch überlegte Planungsaktionen gegen den Winter gewappnet habe. Somit wird es möglich sein, der Großstadtbevölkerung die fünffache Menge an Kohle zuzustellen, die ihr im vergangenen schweren Winter zur Verfügung stand. Trotz der durch die Dürre verursachten Schiffahrtunterbrechungen und den eingeschränkten Eisenbahnverkehr hat Württemberg-Baden bereits 40% seines Kohlenkontingents erhalten. Die bevorzugte Brennstoffzustellung an die städtische Bevölkerung in Form von Kohle werde dadurch gerechtfertigt, daß die in bewaldeten Gebieten angesiedelte Landbevölkerung auf die dort befindlichen vorhandenen als Äquivalent dienenden Holzbestände zurückgreifen könne. — f.

### Gegen „Offensichtlichen Unsinn“

Stuttgart, 30. Okt. (Eig. Ber.) In einer außerordentlichen Gemeinderatsitzung wies Oberbürgermeister Dr. Klett mit Nachdruck darauf hin, daß weder die Gemeinde noch die Stadtverwaltungen Württemberg-Badens für die offensichtlichen Mißstände in der Warenbewirtschaftung verantwortlich gemacht werden könnten. Diese und noch andere ungelöste Probleme gehörten vor den Landtag. Mit scharfen Worten wandte sich Dr. Klett gegen die „unverantwortliche Langsamkeit“ des Zweiten-Wirtschaftsamtes in Minden. Seine Stadtwirtschaft sei nicht gewillt, ihre Preisliste noch länger für offensichtlichen Unsinn zur Verfügung zu stellen, wie ihn z. B. das vieldiskutierte „Pfennig-Artikelprogramm“ darstelle. In einer Entscheidung fordert die Stuttgarter Gemeindeverwaltung einen neuen, den Bedürfnissen der Großstädte gerecht werdenden Verteilungsschlüssel. Zur Aufrechterhaltung der Energiewirtschaft sei unbedingt notwendig, ihr grundsätzlich einen Dringlichkeitsgrad entsprechend dem Bereich einzuräumen. Die Landes- und Zweiten-Amtler sollten sich auf die übergeordneten Lenkungsarbeiten beschränken und die Aufteilung der verfügbaren Energiemengen an Industrie, Gewerbe und Haushalt den zuständigen örtlichen Stellen überlassen. — f.

## Die neue Politik der USA-Militärregierung

Einführung einer realistischen Politik — Demontage — Lebensmittellage

Frankfurt, 30. Okt. (Dena). Zu dem am Dienstag in Berlin gemachten Ausführungen über eine Änderung der amerikanischen Nachrichtenpolitik sagte General Clay, daß diese nicht den Beginn einer ideologischen Auseinandersetzung, sondern die Einführung einer realistischen Politik bedeute. Wenn man die Prinzipien der Demokratie offen angegriffen sehe, werde man sie verteidigen, denn die Amerikaner glauben an die Demokratie und würden zu ihr stehen.

Zum Demontageplan bemerkte der Militärgouverneur, es sei verständlich, wenn das deutsche Volk diesem Plan ablehnend gegenüberstehe. Jedoch handele es sich nicht allein um eine amerikanische Angelegenheit, sondern um einen Teil internationaler Abmachungen, die eingehalten werden müßten. Ferner sei klar, daß nach Durchführung der Demontage große Anstrengungen der Deutschen erforderlich seien, um wieder zu einer normalen Produktion zu gelangen. „Dabei“, so sagte Clay, „haben wir den Deutschen unsere vollste Unterstützung zugesichert“. Das britisch-amerikanische Ruhrabkommen sei ein Abkommen zwischen zwei Besatzungsmächten, es lasse alle Möglichkeiten der Hinrentzung anderer Mächte offen. — Auf die Lebensmittellage eingehend, sagte General Clay, er könne kein Versprechen auf Erhöhung der augenblicklichen Lebensmittelrationen geben, doch werde die Erhöhung der Rationen weiterhin angestrebt. Man kaufe aber bereits auf Grund der Welt-Lebensmittellage weitere Nahrungsmittel, um die Rationen auf täglich 1500 Kalorien zu halten. Dies bedeute auf der anderen Seite auch eine Erhöhung der Besatzungskosten. Er hoffe, daß mit den augenblicklichen Einsparungsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten die Rationen in Deutschland auf der vorgesehenen Höhe gehalten werden können. Wenn die augenblicklichen Einfuhren, die in der Haupt-

sache aus Getreide und Zucker bestehen, nicht ausreichen sollten, würden Hülsenfrüchte und Trockenobst sowie ähnliche Lebensmittel importiert werden. Es beständen bereits eine größere Zahl von Kompensationsabkommen mit verschiedenen Ländern Europas, jedoch sei es erwünscht, mehr solche Handelsabkommen abzuschließen, bei denen die deutschen Exporte in Dollars bezahlt würden. Mit diesen Dollars könne man Lebensmittel einkaufen. — f.

## Eine internationale Schieberbande

Milliarden-Umsätze — Großkompensationen

Fürth, 30. Okt. (Dena). Einer der größten Schieberfälle der Gegenwart, bei dem „Geschäfte“ mit Milliarden-Umsätzen getätigt wurden, ist, wie die Kriminalpolizei Fürth bekanntgab, nach eingehender Voruntersuchung nunmehr der amerikanischen Militärregierung zur Weiterbearbeitung übergeben worden. Die Fürth Kriminalpolizei kam der internationalen Großschieberbande auf die Spur, als sie hier am 8. Oktober einen Fernlastwagen mit 2500 Fläschchen Schnaps und Likör, 20 000 bulgarischen Zigaretten und 100 kg Gänseleberpaste sichergestellt. Bis Mitte Oktober wurden 3 Personen in diesem Zusammenhang festgenommen, die nach dem Untersuchungsergebnis der Kriminalpolizei ihren festen Wohnsitz in Berlin hatten, sich jedoch vorwiegend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufhielten, wo sie mit illegalen Lieferungen von Lebens- und Genussmitteln laufend Groß-Kompensationen gegen Erzeugnisse aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet tätigten. Die Schwarzhändler arbeiteten nach ihren eigenen Aussagen für eine vom alliierten Kontrollrat genehmigte „Jugoslawische Handelsdelegation“. Bei diesen „Geschäftsabläufen“ wurden dem jeweiligen Industrieunternehmer bei Warenlieferungen im Friedens-

wert von 100 Mark wahlweise 2½ Pfund Schweinefleisch, 2 Liter Spirituosen, 10 Dosen Oelkartoffeln, 10—12 Pfund Marmelade oder 200—300 bulgarische Zigaretten „geschenkt“. An derartigen Großkompensationen soll sich nach Aussagen der Festgenommenen auch das Wirtschaftsamtsamt in Remscheid beteiligt haben. Nach Aussage des festgenommenen Fuhrunternehmers u. Lastwagenführers erfolgte der laufende Transport der Lebens- und Genussmittel von Berlin aus durch Fernlastwagen, die nach Bestechung der russischen und britischen Grenzposten in Herrenburg bei Lübeck die Grenze passierten, und die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufgetauften Stahlwagen auf demselben Wege nach Berlin brachten. Nach Aussagen eines anderen sollen 85% dieser aufgetauften Industrieerzeugnisse in Berlin übernommen und von dort nach Jugoslawien weitergeleitet worden sein.

### Großschiebung vereitelt

Dortmund, 30. Okt. (Ap.) 23 000 Stück Zigaretten, 42 000 Reichsmark in bar und 100 Stück kostbarer Schmuckgegenstände, sowie große Mengen von Kaffee, Kakao und anderen Genussmitteln im Gesamtwert von mehreren Millionen Reichsmark wurden bei einer Razzia durch deutsche und belgische Polizei in einer Schwarzmarktzentrale in der Stadt Nehlem an der Ruhr beschlagnahmt. Die Waren sollten in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und nach der Schweiz verbracht werden.

### „Organisation“ der Schwarzhändler

Dortmund, 30. Okt. (Ap.) Eine feste Organisation von Schwarzhändlern mit eigenen Anweisen und durch ein besonderes Komitee festgelegten Schwarzmarktpreisen hatte der arbeitlose Josef Koppfhammer auf dem Bahnhof Dulsburg in der britischen Besatzungszone aufgezogen. Koppfhammer lieferte die „Waren“, kontrollierte die „Händler“, erhielt von diesen eine Provision und bedrohte die Konkurrenz von „nicht organisierten Händlern“ durch teilweise körperliche Repressalien. Er und einige Angehörige seiner „Belegschaft“ konnten jetzt verhaftet werden. Der Schwarzmarkt am Bahnhof Dulsburg ist seitdem völlig verschwunden.

## Entlassene Kriegsgefangene wieder verhaftet

Berlin, 30. Okt. (Ap.) Von amtlicher Seite der römisch-katholischen Kirche in Deutschland wird mitgeteilt, daß die sowjetischen Behörden rund vierzigtausend der von den Westmächten entlassenen deutschen Kriegsgefangenen bei ihrer Heimkehr in die britische Besatzungszone Deutschlands wieder verhaftet haben. — Diese Mitteilung erfolgte in Verbindung mit der Bekanntgabe eines Protestes des Erzbischoflichen Generalvikars in Köln beim alliierten Kontrollrat gegen die Entführung von mehr als zwanzigtausend deutschen Kindern in der Ostzone und gegen die dortige Internierung von deutschen Zivilpersonen.

Die Wiederverhaftungen der entlassenen deutschen Kriegsgefangenen — hauptsächlich ehemalige Offiziere — erfolgte mit der Begründung, daß sie

„Spione“ für die Westmächte seien, wie es in der Mitteilung der katholischen Kirche heißt. Die Verhafteten werden wie Kriegsgefangene behandelt. Über ihr Schicksal sei nur wenig bekannt. Aus den verschiedenen Anzeichen gehe jedoch hervor, daß sie nach der Sowjet-Union transportiert und dort zu Bergwerken und Fabrikarbeiten herangezogen werden. Den Briefen von Familienangehörigen, die sich an die katholische Kirche mit der Bitte um Hilfe wenden, sei zu entnehmen, daß die Gefangenen häufig in ein Internierungslager bei Erfurt gebracht werden, das die Bezeichnung „Topf und Söhne“ führt. Einige der Briefschreiber haben die Spuren ihrer verhafteten Angehörigen bis Frankfurt an der Oder verfolgen können. Die Nachrichten wurden dann aber immer dünner und schließlich ist die Verbindung vollständig abgebrochen.

# Gemeinderats- und Kreistagswahl

Sonntag, 7. Dezember 1947. / Von Innenminister Fritz Ulrich

Bei der Wichtigkeit der nachfolgenden Darlegungen von Innenminister Ulrich empfehlen wir unsern Lesern, den Artikel auszuschnneiden und aufzubewahren. Er ist zur Wahl sehr wichtig. Die Redaktion.

Nach dem vom Württembergisch-Badischen Landtag beschlossenen Gesetz finden im ganzen Lande einheitlich und nach dem gleichen Wahlsystem die Neuwahlen für die Gemeinderäte und Kreistage am Sonntag, 7. Dezember statt. Die technischen und organisatorischen Vorbereitungen für eine reibungslose Durchführung der Wahlen sind im Gang. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Wahlen korrekt ablaufen, wie es eines demokratischen Rechtsstaates würdig ist. Um aufgetauchte Zweifel zu beheben, wollen wir noch einmal kurz das zur Anwendung kommende Wahlgesetz erläutern.

**Wahlberechtigt**  
sind am 7. Dezember alle deutschen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind. Damit erlangen die Evakuierten und Flüchtlinge das Wahlrecht in den Gemeinden, in denen sie seit einem Jahr wohnen. Heimgekehrte Kriegsgefangene sind an dem Ort, wo sie Wohnung nehmen, sofort wahlberechtigt. Wer das Wahlrecht in einer Gemeinde infolge Wegzuges verloren hat, jedoch vor Ablauf von drei Jahren zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder. Dies wird insbesondere für Fliegergeschädigte praktisch werden, die ihren Wohnsitz verändernd verlegen mußten. Wahlberechtigt sind auch alle Personen, die auf Grund des Gesetzes Nr. 104 durch Sühnebescheid einflastet oder in die Gruppe der Mitläufer eingestuft worden sind. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Hauptbeschuldete und Belastete, außerdem Minderbelastete, solange die Entscheidung des Wahlrechts im Spruchkammerbescheid angeordnet ist.

**Wählbar in den Gemeinderat und Kreistag**  
sind alle über 24 Jahre alten Wahlberechtigten, mit Ausnahme der Minderbelasteten. Zum Bürgermeister — der am 7. Dezember noch nicht gewählt wird — sind alle über 25 Jahre alten deutschen Staatsangehörigen wählbar, die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Minderbelastete sind nicht wählbar.

Zum Oberbürgermeister in Städten und unmittelbaren Kreisstädten (über 20 000 Einwohner) sind Minderbelastete und Mitläufer nicht wählbar. Wir bitten, dies besonders zu beachten, da hierüber in einigen Zeitungen falsche Darstellungen gegeben worden sind.

Am 7. Dezember werden sämtliche Gemeinderäte gewählt, die Hälfte auf sechs, die andere Hälfte auf drei Jahre. Dabei gelten die bei der Verhältniswahl mit den niedrigsten Höchstzahlen Gewählten, bei der Mehrheitswahl die mit der geringeren Stimmenzahl Gewählten für nur drei Jahre gewählt. Die Zahl der Gemeinderäte ist für alle Gemeinden gesetzlich festgelegt, kann also nicht mehr durch Gemeindeversammlung verändert werden.

Es sind zu wählen in Gemeinden bis zu	8 Gemeinderäte
1 000 Einwohnern	12
5 000	18
10 000	24
20 000	30
50 000	36
150 000	42
400 000	48
mit mehr als 400 000 Einwohnern	60

Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde und der Aufsichtsbehörde können dem Gemeinderat nicht angehören. Die Aufsichtsbehörde kann in Stadtkreisen und unmittelbaren Kreisstädten Ausnahmen zulassen.

Der Kreistag wird gleichzeitig mit den Gemeinderäten am 7. Dezember auf sechs Jahre gewählt und zwar ohne hälftige Erneuerungswahl nach drei Jahren. Um eine Vertretung aller Teile des Kreises zu gewährleisten, bilden bei der Kreistagswahl die Gemeinden Wahlkreise, auf die mindestens drei Abgeordnete entfallen müssen, damit sich die in der Verfassung festgelegte Verhältniswahl auswirken kann. Um eine gerechte Auswertung aller Stimmen zu gewährleisten, können die Vorschläge einer Partei oder Wählerver-

einigung des ganzen Kreises für verbunden erklärt werden.

**Kumulieren und Panaschieren**  
Wie in Württemberg seit Jahrzehnten, so ist nunmehr auch in Baden das Kumulieren und Panaschieren möglich. Das heißt, der Wähler kann einem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben (kumulieren) und dafür andere Bewerber auf dem Vorschlag streichen. Und der Wähler kann auf seinen Stimmzettel Kandidaten von anderen Vorschlägen setzen (panaschieren) und dafür vom eigenen Zettel eine entsprechende Zahl von Bewerbern streichen. Der Wähler muß immer darauf achten, daß er soviel Stimmen abgibt wie Gemeinderäte zu wählen sind. Gibt er einen Zettel mit mehr Stimmen ab, so werden die entsprechenden letzten Bewerber gestrichen. Hat er zu wenig Stimmen auf seinem Zettel, so nützt er sein Wahlrecht zum Schaden seiner Partei oder Wählervereinigung nicht voll aus. In jedem Falle aber ist der Zettel gültig.

Zur Aufklärung die folgenden Beispiele für eine Gemeinde in der acht Gemeinderäte zu wählen sind.

**Beispiel 1**  
Gemeinde . . . . . (Aufdruck des Dienstlegels der Gemeinde)  
Landkreis . . . . .

<b>Wählervereinigung A</b>	<b>Wählervereinigung B</b>
1. Wilhelm Aufrecht 2 X	1. Fritz Golger
2. Konrad Fröhlich	2. Hans Meier
3. Grete Lieb 3 X	3. Rudolf Hubert
4. August Leutg	4. Anna Lang
5. Jakob Wurst	5. Gottlob Kurz
6. Ernst Sausch	6. Carl Huber
7. Helene Groß	7. Josef Böhm
8. Johann Felsner	8. Anne Klein

Der Wähler hat sich also für den Wahlvorschlag A entschieden. Er hätte ihn natürlich unverändert abgeben können. Aber er hat kumuliert, indem er den Bewerbern

Nr. 1 und 3 je zwei Stimmen gegeben und dafür die Bewerber 4 und 8 gestrichen hat. So ergeben sich acht Stimmen, also die volle Auswertung des Stimmrechts.

**Beispiel 2**

<b>Wählervereinigung A</b>	<b>Wählervereinigung B</b>
1. Emil Froesch	1. Peter Recht
2. Eugen Hoch	2. Hans Meier
3. Maria Gulz	3. Christian Fromm
4. Heinrich Sanft	4. Emil Alt
5. Hermann Stramm	5. Otto Holz
6. Gottfried Kohl	6. Hans Vogt
7. Marie Bauer	7. Ludwig Leibel
8. Eberhard Greiner	8. Theodor Lebsandt

Der Wähler dieses zweiten Beispiels hat sich also für den Wahlvorschlag B entschieden, jedoch panaschiert, indem er vom Vorschlag A die Bewerber Nr. 1 und 3 auf seinen Zettel herübergenommen und den ersteren mit drei Stimmen bedacht hat. Dafür mußte er vier Bewerber des Vorschlags B streichen, so daß sich zusammen wieder acht Stimmen ergeben. Es kann auch von parteiweisen kumuliert werden, d. h. die Wählervereinigung kann einzelnen Kandidaten schon auf dem eingereichten Vorschlag bis zu drei Stimmen geben.

**Termin beachten!**  
Für die Parteien und Wählervereinigungen ist zu beachten, daß Wahlvorschläge für die Gemeinderats- und Kreistagswahl spätestens am Montag, den 21. November 1947, abends 19 Uhr, eingereicht sein müssen.

sen. Später eingehende Vorschläge können nicht zugelassen werden. Wo kein oder nur ein Vorschlag einverleibt wird, erfolgt Mehrheitswahl.

Streng zu beachten ist folgende Anordnung der Militärregierung:

„Jeder Kandidat bzw. Kandidatenliste einer Partei muß durch geheime Abstimmung in einer ordnungsmäßig einberufenen Versammlung von Parteimitgliedern oder von durch Parteimitglieder gewählten Wahlmännern aufgestellt werden. Der Aufstellungsantrag jedes Kandidaten bzw. Kandidatenliste einer Partei muß Zeit und Ort der Parteiversammlung, auf welcher die Aufstellung vorgenommen wurde, enthalten und muß von 10 Stimmberechtigten, welche an der Versammlung teilnahmen, unterzeichnet sein.“

erfahren die Araber durch einen chinesischen Kriegsgefangenen von der Kunst der Papierherstellung und brachten die Erfindung Ts'ai Lons nach Europa.

Chinesische, arabische und abendländische Kultur mußten sich berühren, damit das Papier seinen Siegeszug als Kulturträger antreten konnte. Es ist kaum zu ermesen, was das heutige Geistesleben dem Lebenswürdigen Ts'ai Lun verdankt — wobi so ziemlich alles, was es ist und kann. Jener Chinese war es, der — wenn ein Paradox erlaubt ist — für das leibliche Wohl des Geistes sorgte, indem er ihm eine Schwinge von Papier verlieh, die den schwersten Gedanken mit Leichtigkeit in die entferntesten Länder und Zukünfte trägt und alles Geschriebene, alles Gedruckte infolge der bekannten Eigenschaft des Papiers mit grenzenloser Geduld auf sich nimmt.

Papier ist die aptorische Form jedes Gedankens, der zur dauerhaften Mitteilung bestimmt ist. Wo sollen wir dem Erfinder diese Geisteshilfe lobnen? Er verdient ein Denkmal, dessen Sockel aus Büchern und Granit wäre. Er verdient, daß wir Tsaiung statt Zeitung, Zeitschrift statt Zeitschrift schreiben. Zum mindesten aber verdient er, daß mein Lob auf ihm an dieser würdigen Stelle gedruckt stehe, wo der freie Geist seine Zeile aufgeschlagen hat und seine papierenen Druckfahnen im frischen Wind der öffentlichen Meinung flattern laßt.

## Bühne oder Wirklichkeit, Dichtung oder Chronik?

### „Herr Gerstenberg“ nun auch in Baden-Baden

Das vieldiskutierte druckartige Stück „Das Abgründige in Herrn Gerstenberg“ von Axel von Ambesser hat nun auch die Baden-Badener in zwei Lagern gespalten: für oder gegen das Neue, die dramaturgische Technik der Seelenführung, die Ambesser hier einführt. Er gab sein Vorbild selbst an: den amerikanischen Bühnenschriftsteller Thornton Wilder, dessen seit zwei Jahren viel gespieltes Stück „Our Town“ Ambessers eigenen Absichten eigenartig entgegenkam. So entschloß er sich, Herrn Gerstenberg durch nicht weniger als drei nicht einmal sich auch nur irgendwährend ähnelnde Schauspieler darstellen zu lassen, die Spielsteller Carl Peter Biliz folgendermaßen verteilte: Walter Kiesler gab den Herrn Gerstenberg ganz so, wie er lebte und lebte, während Hans Bernhardt im Strohhütchen und Jünglinghaften Wesen „den besessenen Menschen in Herrn Gerstenberg“ darstellte, der für eine wärmere, menschlichere Behandlung der Frage: Lieschen oder Lotte, für nicht so philisterhaftes Sitzen auf seinem Girokonto und für Freigabe Lieschens ist, nachdem es ihm erklärt hatte, daß sie bereits einem anderen (Hans) liebe. Damit ist aber „der schlechtere Mensch in Herrn Gerstenberg“, Joachim Schneider, keineswegs einverstanden, sondern spricht die bekannten Worte, das werde sich alles in ihrer Ehe noch ergeben, auch mit Gewalt. Die beiden geraten aufeinander, bis „der bessere Mensch“ am Boden liegt und alle drei mit Lieschens Vater (Robert Flix) ins Haus verschwinden, um alles perfekt zu machen: die uralte Geschichte, bei der nach Heinrich Heine „das Herz entweicht“, dem sie passiert. Dimal ist Lieschen Meiners dran, der Agi Frandhoff eine unzufriedenliche feine lyrische Note mitgab, die sich freilich von dem von Gerstenberg, wie er nun mal wirklich ist, zunächst unbeschadet beiseitegehoben Mädel außerordentlich schnell zur „Julia in der Stadt“ entwickelt, die mit ihrem Romeo Hans Bretschneider (Ernst Falk) schnell zusammenwächst. Die Rolle des Paters bei Shakespeare spielt hier Herr Chalen, ein kriminell entgleister Schauspieler, dann Souffleur, schließlich Teil-

## Nur amtliche Stimmzettel!

Sowohl bei der Gemeinderats- als auch bei der Kreistagswahl kann nur mit amtlich hergestellten Stimmzetteln abgestimmt werden. Andere Stimmzettel sind ungültig. Die amtlich hergestellten Stimmzettel werden den Wählern ins Haus geschickt. Die Vertrauensmänner der Wählervereinigungen sind verpflichtet, die Kosten der Herstellung der Stimmzettel anteilmäßig zu tragen und entsprechende Vorschüsse zu leisten. Die Zulassung eines Wahlvorschlags ist von der rechtzeitigen Leistung des Vorschusses abhängig. Die Gemeinden und Kreise können diese Kosten nach der Wahl übernehmen. Da der Wähler die beiden Stimmzettel für die Gemeinderats- und Kreistagswahl in einem Briefumschlag abhebt, wird für die Stimmzettel zum Kreistag eine andere Papierfarbe verwendet, so daß eine leichte und rasche Unterscheidung der beiden Zettel gewährleistet ist. Da die Stimmzettel ins Haus geliefert werden, kann sie der Wähler zu Hause in aller Ruhe studieren und ausfertigen.

Wir richten an alle zuständigen Behörden, Parteien und Wählervereinigungen den dringenden Appell, die Wahlvorbereitungen korrekt zu treffen und ihr Teil dazu beizutragen, daß die Wahlen ordnungsmäßig und reibungslos durchgeführt werden. Sie sollen den Willen des Volkes dokumentieren und auf sechs bzw. drei Jahre die Vertretungskörper der Gemeinden und Kreise bestimmen. Beweisen wir durch eine starke Wahlbeteiligung, daß wir wälen und reif sind unser Schicksal in demokratischer Selbstverwaltung zu gestalten!

## Deutschland-Rundschau

**Verlebte Westzonen**  
Stuttgart. (Eig. Ber.) Als Resultat der sechswohigen Werbefahrt des Württembergisch-Badischen Befreiungsministers, in deren Verlauf dieser über 200 km zurücklegte, wurden 96 weitere Spruchkammern errichtet und das Personal um 114 neue Vorsitzende, 43 öffentliche Kläger und 106 ausgebildete Hilfskräfte erweitert.

Stuttgart. (Dona.) Penicillin darf nunmehr in deutschen Krankenhäusern neben der Behandlung von Geschlechtskrankheiten auch zur Bekämpfung anderer Krankheiten verwendet werden. Es werden zur Zeit monatlich rund 20 Milliarden Penicillin-Einheiten in die US-Zone eingeführt.

München. (Dona.) Der zur Zeit städtige ehemalige bayerische Sonderminister Alfred Loritz hat in der Nacht zum Dienstag seinen Parteifreund Julius Hoiler telefonisch gebeten, bekanntzugeben, daß er seine Wahl in den Landesvorsitz der WAV. annehme.

Regensburg. (Dona.) Die Regensburger Kriminalpolizei verhaftete den Direktor des Regensburger Milchwerkes, Remigius Schuster, und den Betriebsleiter des Werkes, Georg Stiegler. Die Verhafteten stehen unter dem Verdacht, durch umfangreiche Milchschleudungen und die Verfeischung der Milch mit Melon und Kalz für die seit zwei Jahren um 20 Prozent angelegene Säuglingssterblichkeit in Regensburg mitverantwortlich zu sein.

Hofheim (Ufr.). Anlässlich einer Bauernzusammenkunft äußerte der Direktor der Militärregierung, Melmann, daß sich im Landkreis Hofheim eine Familie befinde, welche im Keller drei Waschkörbe voll Geldscheine verwahrt habe. G. Frankfurt. (Dona.) Neue und gebrauchte amerikanische Armeebekleidung im

## Hoover-Speisung für Lehrlinge

Unter der Überschrift „Das muß auch bei uns möglich sein“ erschien in der Nr. 34 unseres Blattes am 13. Okt. ein Artikel mit dem Hinweis darauf, daß in Hessen die Hoover-Speisung auch auf die Lehrlinge ausgedehnt werden soll. Dazu wurde bemerkt, daß diese Maßnahme auch für Württemberg wünschenswert wäre. Hierzu wird uns von der Geschäftsführung der Hoover-Speisung in Stuttgart geschrieben:

In Württemberg-Baden wurden schon seit Beginn der Hoover-Speisung im Mai d. Js. in einzelnen Städten Lehrlinge und Jungarbeiter mitgespeist, soweit dies im Rahmen der zur Verfügung stehenden Speisepätze möglich war. In größerem Umfang erhielten Lehrlinge und Jungarbeiter die Hoover-Speisung während der Ferienzeit, in der sämtliche freierwerbenden Plätze durch Lehrlinge, die keine Zulagekarte hatten, besetzt werden konnten. In Württ.-Baden nahmen in den Monaten Aug./Sept. durchschnittlich täglich 12 000 Lehrlinge und Jungarbeiter an der Hoover-Speisung teil. Seit Beginn der 107. Lebensmittelperiode besteht für alle Städte und Gemeinden die Verpflichtung, alle Lehrlinge und Jungarbeiter mit 10% und mehr Untergewicht vordringlich zu speisen. Das bedeutet bei einer Gesamtzahl von 200 000 Speisepätzen für Württ.-Baden, daß alle Oberschüler zwischen 15 und 18 Jahren zunächst zu Gunsten der Lehrlinge aus der Hoover-Speisung ausgedehnt wurden und daß in den Landkreisen nur ein außerordentlich kleiner Teil der untergewichtigen Kinder von 6-14 Jahren gespeist werden kann. Es gibt in Württ.-Baden insgesamt über 700 000 Kinder und Jugendliche im Alter von 6-18 Jahren. Bei der beschränkten Zahl der Speisepätze, deren Erhöhung nicht in unserer Hand liegt, besteht daher keine Möglichkeit, alle bedürftigen Kinder und Jugendlichen gleichzeitig zu speisen. Es wird versucht, durch Auswechslung einzelner Altersgruppen alle Speisungsbedürftigen für begrenzte Zeit in die Hoover-Speisung einzubeziehen.

## Werte von 18 Millionen Dollar ist ein Überschußbeständen der amerikanischen Armee in der Zeit vom 11. September bis jetzt an deutsche Stellen zur Verwendung in der Wirtschaft der Bizone abgegeben worden.

— Herbel handelt es sich um 21 000 Regenmäntel, 22 000 Paar Überschuhe, 200 000 Pelzjacken, 134 000 Paar Wollsocken, 200 000 kurze Hosen, 60 000 lange Hosen, 10 000 Paar Schuhe, 50 000 Paar Handschuhe, 115 000 Wollmäntel, 400 000 Zoppen und andere Kleidungsstücke.

Köln. (Dona. DPD.) Ein vorläufig erstes Wahlergebnis der Betriebsratswahlen im Koblenbergbau des westdeutschen Braunkohlengebietes liegt jetzt vor. Auf der Grube „Verenigte Völle“ bei Knapsack erhielten die SPD 8 Vertreter (6011 Stimmen), die CDU 4 Vertreter (6316 Stimmen), die KPD 3 Vertreter (5429 Stimmen), und die Parteilosen 3 Vertreter (3355 Stimmen). Die Wahlbeteiligung auf der Grube „Verenigte Völle“ betrug 84,8 Prozent.

## Frankische Zone

Berlin. (Dona.) Zwischen Vertretern Schwedens und der Bizone wurde in Stockholm ein Handels- und Zahlungsbkommen abgeschlossen.

Baden-Baden. Nach einer Erklärung von Gouverneur Pène erreicht die Produktion des Landes Südbaden gegenwärtig 31% der Produktion von 1938. Der Gouverneur des Landes erklärte zur Versorgungslage, daß die Zuckerversorgung im November in vollem Umfang wieder aufgenommen werden würde und eine erhebliche Steigerung der Butterration zu erwarten stehe.

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US WB 118. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Litho-Redaktion)

## Papier und Geist

Dr. C. W. Schrempf

Ein Chinese namens Ts'ai Lun hatte die Lebenswürdigkeit, das Papier zu erfinden. Mit welcher Besetzung saß er vor dem schimmernden Bogen, den er sich überlührend zurecht schnitt und mit den Zeichen seines Geistes besetzte. Vermutlich war ein Liebesbrief das erste, was er zu Papier brachte. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß er seine Erfindung nur zu diesem Zwecke gemacht hat. Alles Große in der Welt geschieht ja aus Liebe, aus Liebe zur Sache, aus Liebe zum Vaterland, aus Menschenliebe und natürlich aus Liebe zur Geliebten.

Etwas so Feines, Besedtes und Beschwingene, wie es ein Gedanke oder ein Gedicht ist, bedarf eines Trägers, der leicht genug ist, um sich frei und schwerelos in die Luft zu erheben, aber auch wieder nicht so leicht, daß er sich ins Wesenlose verflüchtigt. Zum Beispiel Erz und Stein sind geeignet, einen Gedanken zu beerdigen, nicht ihn zu befehlen, daß er sich himmelstürmend durch Raum und Zeiten fortbewegt. Andererseits kann auch der Äther Worte tragen, aber das Geruch hat die Sucht, rasch zu verhallen, zu verschallen, ins Nebelhafte hinzuwallen. Ein wahres Wort durch siebende Zungen ist bald ins Gegenteil verkehrt. Mündliche Überlieferung, das ist der Traumzustand der Völker, wo die Gestalten und Ereignisse in allen Menschenfäden schillern. Da ist die Menschenwelt noch ganz Natur, Geschichte wird sie erst, sobald Geschichtsbücher stattgefunden, sobald der Geist erwacht ist und sich Mittel schafft, um das Geschehene im Gedächtnis festzuhalten, wie es wirklich war. Höheres Leben beginnt mit der Suche nach Mitteln, durch die der Geist sich verewigen kann.

Linnen und Lumpen, wenn sie als Hülle des menschlichen Körpers nicht mehr taugen, sind das beste Rohmaterial für die

Hülle des Geistes. Das war die Erfindung Ts'ai Lons, das Papier, das den Blättern des Waldes gleich in der Luft schweben kann, fast nur ein Schein und doch noch ein Stoff, ein Halber, nicht verdorrend, nicht verwesend, stark genug, den Geist durch die Welt zu tragen. Es hat noch lange gedauert, bis man erkannte, daß die Blätter des Waldes, an denen die Blätter wachsen, mit ihrem Holz ebenso gute Papiermasse liefern wie Lumpen und Linnen. Man braucht nicht Materialist zu sein, um Buß und Zellstoff als starkes Beweismaterial für die Stoffgebundenheit des Geistes anzusehen. Auf welchem anderen Wege könnte unser geistiger Kulturbesitz sich erhalten und vermehren als auf bedrucktem Papier. Dort ist er zum jeweiligen Gebrauche thesauriert. „Von dem menschlichen Wissen überhaupt“, sagt Schopenhauer, „existiert der allergrößte Teil stets nur auf dem Papier, auf welchem dasselbe niedergelegt ist. Nur ein kleiner Teil davon ist in jedem gegebenen Zeitpunkt in irgendwelchen Köpfen wirklich lebendig.“ Denken wir das Papier hinweg, so wäre unser Wissen, unser Geistesleben vernichtet.

Nach der Mitte des sechsten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung beobachtet der Historiker eine plötzliche radikale Verödung der griechisch-römischen Literatur. Was war geschehen? Im Jahre 641 hatten die Araber Ägypten erobert und schnitten damit die antike Welt von ihrer einzigen Bezugsquelle für den Papyrus ab, der seit über tausend Jahren den bevorrugten Bedarf bildete. Dieser Papyrus oder Papiermangel legte vorübergehend die gesamte Bücherproduktion lahm. Man kehrte zu dem teuren Pergament zurück, konnte aber damit nicht anknüpfen den Bedarf decken. Doch diese Eroberungslust der Araber, die dem Abendland so Übel mitgespielt hatte, half ihm auch wieder aus der Verlegenheit. Denn bei der Eroberung von Samarkand im Jahre 794

erfahren die Araber durch einen chinesischen Kriegsgefangenen von der Kunst der Papierherstellung und brachten die Erfindung Ts'ai Lons nach Europa.

Chinesische, arabische und abendländische Kultur mußten sich berühren, damit das Papier seinen Siegeszug als Kulturträger antreten konnte. Es ist kaum zu ermesen, was das heutige Geistesleben dem Lebenswürdigen Ts'ai Lun verdankt — wobi so ziemlich alles, was es ist und kann. Jener Chinese war es, der — wenn ein Paradox erlaubt ist — für das leibliche Wohl des Geistes sorgte, indem er ihm eine Schwinge von Papier verlieh, die den schwersten Gedanken mit Leichtigkeit in die entferntesten Länder und Zukünfte trägt und alles Geschriebene, alles Gedruckte infolge der bekannten Eigenschaft des Papiers mit grenzenloser Geduld auf sich nimmt.

Papier ist die aptorische Form jedes Gedankens, der zur dauerhaften Mitteilung bestimmt ist. Wo sollen wir dem Erfinder diese Geisteshilfe lobnen? Er verdient ein Denkmal, dessen Sockel aus Büchern und Granit wäre. Er verdient, daß wir Tsaiung statt Zeitung, Zeitschrift statt Zeitschrift schreiben. Zum mindesten aber verdient er, daß mein Lob auf ihm an dieser würdigen Stelle gedruckt stehe, wo der freie Geist seine Zeile aufgeschlagen hat und seine papierenen Druckfahnen im frischen Wind der öffentlichen Meinung flattern laßt.

phantastische Augenblicke gab, in denen die Magie des Theaters mitzwang, die sonst so besetzt außer Kurs gesetzt wird, besonders durch den „Erzähler-Spieler“, dem Wolfgang von Rothberg im Conferenztheater gerecht wurde. Klätzig war die Studie der Lotte Partels von Anneliese Böhm an die stückende Atmosphäre von Lieschen verklärten ihre Eltern: Robert Flix und Annette Brandt naturalistisch. Carl Peter Biliz brachte alle über einem Generalnarrer und durfte sich mit ihnen wiederholt für den freigelegten gespendeten Beifall bedanken. Fr. Baser.

**Südwestdeutsche Bühnennotizen**  
Vom Würzburger Theater des Kulturverbandes werden als nächste Erstaufführungen vorbereitet: Lörtinge „Waffenschmied“ und d'Alberts „Tiefenland“, „Kabale und Liebe“ (Schiller), „Ja, mein Liebling“ (Mark Reed) und Ralph Benatzky's „Meine Schwester und ich“ — Am Markgrafentheater Erlangen werden Schiller's „Räuber“ in grundlegender Neubesetzung von Albert Dörner und Hannes Ratzum vorbereitet. Inszenierung, Bühnenbild und Kostüme wollen durch neue Lösungsversuche das Stück ins Allgemeinbildliche und Zeitlose hinaufheben. — „Der Goldene Anker“, Marcel Pagnols mitteländisches Volkslied der Bescheidenheit, hat Friedrich Brandburg, der vormalige Manheimer Inszenent, im Heideberger Volkstheater, vorzüglich unterstützt durch das stilisierte Bühnenbild Margarete Zippers, in liebevoller Inszenierung herangezogen. — Glanka Zwanzberg, die frühere Hochdramatische des Nationaltheaters Mannheim, absolvierte Gastspiele in Frankfurt als Ariadne und an der Hamburger Staatsoper als Iphigene. In Berlin wird sie im Januar die Walküre singen.

Gedenket der Seelen

Wieder einmal begeht die katholische Bevölkerung den Allerheiligsten, einen Gedenktag der Toten. Welche Gedanken und Empfindungen die Menschen in diesen Stunden bewegen, vermag niemand zu sagen; der Schmerz und die Trauer sind zu groß.

Betriebsräte-Vollversammlung des ADGB

Im vollbesetzten Konzerthaus fand gestern nachmittags eine Betriebsräte-Vollversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe Stadt- und Landkreis statt. Vorsitzender Pilsner übergab nach kurzer Begrüßungsansprache das Wort dem Sekretär des Bundesvorstandes, Kleinkecht, aus Stuttgart, der in einem ausführlichen Referat „Verfassung, Wirtschaft und Betriebsräte“ eingehend zu den heutigen Problemen Stellung nahm und einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit gab.

derte daher die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und verlangte, solange es an den notwendigen Arbeitskräften und am Saatgut fehle, eine staatliche Erfassung und Kontrolle unter Mitarbeit der Gewerkschaften, um eine gerechte Verteilung an alle Schichten sicherzustellen.

Bandendiebstahl'e mit Waffengewalt

Das Hohe Militärgericht verhängte empfindliche Freiheitsstrafen

Vor dem amerikanischen Militärgericht in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Mr. Stanton hatten sich vier Ukrainer und zwei Deutsche im Alter von 18 bis 24 Jahren wegen umfangreicher Bandendiebstähle zu verantworten.

infolge der Dunkelheit fehligen. Der Schauplatz der Untaten dieser Bande waren zahlreiche kleinere Ortschaften wie Schöllbrunn, Gollwetterbach, Willferdingen, Palmbach, Auerbach und andere. Mitgenommen wurde alles, was nur irgend erreichbar war; dabei bevorzugten sie vor allem Lebensmittel, aber auch zum Trocknen aufgehängte Wäsche wurde von der Leine genommen; ebenso gehörten Fahrräder, Radios, Apparate und andere Mangelwaren zum Diebesgut der Bande.

Im Kampf gegen den Schwarzhandel

Razzia der Karlsruher Kriminalpolizei in der Altstadt

Auf dem Sonderkommissariat der Karlsruher Kriminalpolizei herrschte am Mittwoch früh Hochbetrieb. Sämtliche Kriminalbeamte waren in Bereitschaft, um wieder einmal eine Aktion gegen Schwarzhandel zu starten.

für manchen „Betroffenen“ eine unliebsame Überraschung gewesen sein dürfte, und so fielen gegenüber den Polizeibeamten Worte, die durchaus als handgreifliche Beleidigungen gewertet werden konnten; auch sonst ging es nicht gerade friedlich her.

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche

Eine aus der Not der evangelischen Wohlfahrtseinrichtungen

Vor Vertretern von Stadt, Staat, katholischen Verbänden und anderen öffentlichen Körperschaften, die sich am 27. 10. im Sitzungssaal des evangelischen Oberkirchenrats zusammengekommen hatten, sprach Pfarrer Schmitt, der Geschäftsführer vom Hauptbüro des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, die wesentlichen Aufgaben dieser außerordentlichen Wohlfahrtseinrichtung. Diese betrafen ausschließlich in der Betreuung notleidender Menschen und in der Linderung der durch den Krieg hervorgerufenen Noz.

in Nordbaden bereits existierenden ersten Probestationen und lege die weiteren Beispiele des Hilfswerks dar, die er der staatlichen Förderung einheimend empfiehl.

Die Paktatula

Auf die amtlichen Bekanntmachungen — Ausgabe der Lebensmittel- und Verkehrskarten für die 108. Zuteilungsperiode, Ausgabe von Süßholz, Verfüngung von Reisemarke, sowie auf die Bekanntmachung der Gewerbesteuer Karlsruhe (Meldung von Leihlingen des 1. bis 3. Lehrjahres) im Ansehung wird besonders verwiesen.

Flüchtlings-Tagung. Am Sonntag, den 2. November 1917, 8 Uhr, findet in Karlsruhe im Speisesaal der Karlsruher Lebensversicherung, Gartenstr. 71, eine gemeinsame Tagung aller Flüchtlings-Vertrauensleute, ihrer Stellvertreter, sowie der Mitglieder der Ortsleitungsschüsse im Land- und Stadtkreis statt.

Versammlungstermine der Parteien

- CDU, Kreis Karlsruhe: 4. 11., 19.10. „KLV“, Wahlmännerverein: Grünwinkel-Altstadt: 4. 11., 20.00. „Römerhof“, Mitgliedervers., Ref. Sprauer; Fraumver., Ruppurt: 4. 11., 19.00. „Eichhorn“, Ref. Frau Siebert; Völkernbach: 1. 11., 19.00. „Kathaus“, Frauenvers., Ref. Frau Siebert; Malsch: 2. 11., 14.30. „Theresienhaus“, öffentl. Vers., Ref. Dr. Kühn; Forchheim: 4. 11., 20.00. „Adler“, Mitgliederversammlung.

Aus den Konzerten...

Man hat wohl selten Gelegenheit, den Liederkreis „Frauenliebe und Leben“ in solch ausgesprochen vollkommener Weise zu hören, wie ihn Luise Richards am vergangenen Dienstag bot. Es war nicht ausschließlich der Gesang, der von der ersten Minute an den Kontakt von Künstlerin und Zuhörern fühlbar bestiegte.

Radio Stuttgart sendet

Freitag, 31. Okt. 8.00 Frühmusik; 8.30 Gymn.; 8.45 Nachr.; 9.00 Melod. am Morgen; 9.30 Stimme Amerika; 9.30 Haus u. Heim; 9.45 Nachr.; Wasserst.; 10.30 Schulfunk; 11.30 Kindersend.; 11.30 Kultur, Vorschau; 12.00 Musik; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik; 13.15 Prozesse d. Zeit; 13.30 Schulfunk; 16.30 Uhr. Solisten; 17.00 Reigen d. Melod.; 17.30 Aus d. Weltliteratur; 17.45 Nachr.; 18.00 Englisch; 18.15 Aus Baden; 18.30 Sport; 18.45 Parteien sprechen; 19.00 Stimme Amerika; 19.30 Musik; 19.45 Nachr.; 20.00 Gräß v. Zuhause; 21.00 Zum Feiernabend; 22.00 Jazzmusik; 22.30 Nachtmusik; 23.45 Nachr.; 23.50 Beschwingt u. heiter.

Radio Stuttgart sendet

Samstag, 1. Nov. 8.00 Frühmusik; 8.30 Gymn.; 8.45 Nachr.; 9.00 Melodien am Morgen; 9.30 Stimme Amerika; 9.30 Morgenstund.; 10.00 Schulfunk; 11.30 Kindersend.; 11.35 Kultur, Vorschau; 12.00 Volksmus.; 13.00 „Aida“; 17.45 Nachr.; 18.00 Z. Dämmerstunde; 18.15 Zeitfunk; 18.30 Konzert; 19.00 Stimme Amerika; 19.30 Polit. Wochenbericht; 19.45 Nachr.; 20.00 Berühmte Sänger; 21.00 Beständl. Stunde; 22.00 Musik; 23.45 Nachr.; 23.50 Musik.

Um Karlsruhes Wiederaufbauplanung

Als Beitrag zu der Diskussion um die inzwischen beendete Ausstellung „Karlsruhe, Planung, Wiederaufbau“ veröffentlichten wir nachstehend eine Resolution der Künstlergruppe Nordbaden „Der Kreis“.

Um Karlsruhes Wiederaufbauplanung

chitektur gewordener Badenweltermarsch. Allein etwa die Hälfte unsmirger, plumper Türme, oder die Reihung endloser Arkaden, welche die Läden-Höhlen-Bewohner der Kaiserstraße zwingen würde, ihr Dasein ausschließlich unter künstlichem Licht zu verbringen, ist eine Frage, über die alle berufenen Architekten sich zu äußern hätten.

... und Vortragssälen

Im Volkshaus für Dichtung (vormals Scheffelbund) sprach Friedrich Präger Goethes „Hermann und Dorothea“. Die hinreichend bekannte und allgemein geschätzte Sprachkünstler des Schauspielers überlegt jeden weiteren Kommentar. Der zahlreiche Besuch ließe eine Wiederholung wünschenswert erscheinen.

„In Ketten um Kap Horn“

Wer einen ausgesprochenen „Reißer“ erwartet hätte, war überrascht: Ein Stoff, der wert und ergiebig genug wäre, zu einem außerordentlichen Filmwerk verarbeitet zu werden; wozu allerdings mehr künstlerisches Fingerspitzengefühl gehört, als John Farrow (Regie), Seton I. Miller und George Bruce (Drehbuch) mit diesem Streifen beweisen. Einerseits eine in jeder Hinsicht überaus realistische, auf der anderen Seite diese gewaltig aufgepöppelte, unwahrscheinliche und völlig überflüssige Liebesgeschichte, Schade; zumal darstellerisch — insbesondere von Alan Ladd, William Bendix und Howard da Silva — recht ansprechende Leistungen gezeigt wurden.

Samstag, 1. Nov. 8.00 Frühkonzert; 8.30 Nachr.; Wasserst.; 9.00 Melod. am Morgen; 9.30 Landfunk; 9.30 Stimme Amerika; 9.30 Morgenstund. ... 8.00 Kath. Gottesd.; 9.30 Kirchenmusik; 10.00 Kunstkalender; 11.00 Konzert; 11.30 Universitätsstunde; 12.00 Musik; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik; 13.15 Stimmen aus aller Welt; 13.30 Aus d. schwed. Heimat; 14.15 Kinderfunk; 15.00 Kammermus.; 15.45 Orgelkonz.; 17.00 Hörspiel; 18.30 Chorkonz.; 19.00 Stimme Amerika; 19.30 Sport; 19.45 Nachr.; 20.00 Sinfoniekonz.; 22.00 Der Kritiker hat d. Wort; 22.15 Serenade; 23.45 Nachr.; 23.50 Sonntagspunking.

Der geschäftsführende Ausschuß des Kulturbundes Karlsruhe

schließt sich dieser Resolution in vollem Umfang an. Lokaltredakteur Helmut Haag, Karlsruher Redaktion Waldstr. 33 Tel. 958-958, Anzeigenannahme und Vertrieb: Fa. Beck, Karlsruhe, Karlsruh 14 Tel. 794 (Zweigstelle Kittingen, Kroonstr. 8, Tel. 412).

